

Der politische Kampf um den Südweststaat (1948 bis 1952)

AB 10: Nach der Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 -
Der Südweststaat als „Testfall der deutschen Demokratie“

Musterland statt Musterlände!

Von Alfred Gerigk

Was jetzt im Südwestraum geschehen wird, ist nicht nur eine Angelegenheit für die unmittelbar Betroffenen, die 6,7 Millionen Einwohner dieses Raumes der bisherigen Länder Baden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg. Auch das Ausland sieht zu. Ein kleines Beispiel aus den letzten Tagen: Die Züricher „Tat“ berichtete über die nicht ohne Peinlichkeit verlaufene Schlusskundgebung der Südweststaat-Anhänger in Karlsruhe am vergangenen Freitag wie folgt: „Wer auch nur den kleinsten Zwischenruf wagte, wurde von den stämmigen Burschen des Saalschutzes nicht nur hinausgeworfen, sondern verprügelt und in einzelnen Fällen jämmerlich zugerichtet.“

Dieser Bericht wird (...) erwähnt, (...) weil er einen gerade für die Zukunft wichtigen Beweis dafür bildet, dass der Südwestraum im Scheinwerferlicht liegt. Also müssen die führenden Persönlichkeiten dieses Raumes stets daran denken, dass ihr Verhalten leicht zu Schlussfolgerungen



Postkartenmotiv

© Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 2 T1, Nr. 295

über Schein und Wirklichkeit der deutschen Demokratie überhaupt verführen kann.

Der gemeinsame Staat, den die drei bisherigen Länder nach dem Volksentscheid bilden sollen, wird von vielen fremden Beobachtern als ein Probefall für die Beantwortung der Frage betrachtet werden: Haben die Deutschen den Willen und die Fähigkeit, sich in demokratischen Formen selbst zu regieren, was die Achtung vor den Rechten auch einer Minderheit in sich schließt? Es handelt sich ja um das erste neue deutsche Land, das nicht durch den Willen einer Besatzungsmacht geschaffen wird, sondern durch den Willen der Mehrheit der abstimmenden Bürger. (...)

Das südwestlichste deutsche Land, Baden, nannte man einst „das deutsche Musterlände“. Das neue südwestlichste deutsche Land sollte den Ehrgeiz haben, das „deutsche Musterland“ zu werden. (...)

Für die Praxis bedeutet das, dass der neue Staat unter keinen Umständen den Anschein des Zentralismus hervorrufen darf. (...)

Für seine innere Gestaltung wird es von ausschlaggebender Wichtigkeit sein, dass man die Bürger so an die Mitwirkung im öffentlichen Leben heranlässt, dass alle anderen Länder darin wieder ein Musterbeispiel sehen. In dem Karlsruher Vertrag waren den Gemeinden sehr weitgehende Aufgaben zugeteilt. Tatsächlich kann der Bürger nur über die Gemeinde zum Staat kommen. Nur in der Gemeinde kann er am praktischen Beispiel unmittelbar erfahren, was politische Verantwortung und was politisches Entscheidungsrecht bedeutet. Nur dann wird das in diesem Staat vorläufig fehlende Staatsgefühl allmählich durch das Gefühl des Bürgers ersetzt werden: das ist meine Verwaltung, die mir gehört, nicht ein von oben her geschaffener künstlicher Apparat. (...)

Südkurier, 11. Dezember 1951, Nummer 193

Aufgaben:

1. Arbeiten Sie heraus, warum der Autor des Artikels die Gründung des Südweststaats zum „Testfall der deutschen Demokratie“ erklärt.
2. Beurteilen Sie die Thesen des Journalisten anhand der historischen Entwicklung des Bundeslandes Baden-Württemberg.